



CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



Kreishaushalt 2012 Straßenbau im Kreis Heinsberg Newsletter, Ausgabe Dez.-2011

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, und so kurz vor Weihnachten wollen wir noch einmal die Gelegenheit nutzen und Sie über die aktuellen Geschehnisse in Kreistag und Kreistagsfraktion zu informieren.

Kreishaushalt 2012

Der Entwurf des Kreishaushalts 2012 wurde in der Sitzung des Kreistages am 20. Dezember eingebracht; die Mehrheitsfraktion im Kreistag hatte jedoch schon Anfang November signalisiert, dass der Kreis im Jahr 2012 einen planerischen Rückgriff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 7,5 Mio. € vornehmen wird, um den Kommunen die nötige Planungssicherheit zu geben. Der Kreisumlagebedarf wird nach den Planungen im Haushaltsentwurf mit 111,4 Mio. € vorgesehen; im letzten Jahr sahen die Planungen noch 114,9 Mio. € vor. Die Kreisumlage bleibt im kommenden Jahr also nicht nur stabil; sie sinkt sogar leicht. Durch dieses kommunalfreundliche Verhalten zeigt sich der Kreis Heinsberg auch in diesem Jahr als verlässlicher Partner seiner ihm angehörenden Städte und Gemeinden.

Antrag Lückenschluss Schienenverbindung Linnich – Kreis Heinsberg

Ein lange diskutiertes Thema ist bzw. war bekanntlich die Wiederanbindung von Heinsberg an das bestehende Schienennetz im SPNV. Nachdem bereits Veranstaltungen zur Bürgerinformation in Geilenkirchen und Heinsberg über die Reaktivierung der Schienenstrecke Heinsberg-Lindern abgehalten und die erforderlichen Kaufverträge für die Infrastrukturanlagen und Grundstücke unter Dach und Fach gebracht worden sind, wird das weitere Verfahren zur zügigen Realisierung nun mit Nachdruck betrieben. Die Infokampagne „West-Express“ der Wurmmtalbahn wurde jüngst an die Haushalte im Kreisgebiet verteilt.

In diesem Zusammenhang und im Sinne eines weiteren Lückenschlusses ist auch die Anbindung von Linnich in den Kreis Heinsberg wichtig, um mittelfristig eine bessere Schienenverbindung von Heinsberg in Richtung Düren/Köln zu erreichen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat daher bereits mit Antrag vom 16.02.2011 gefordert, dass die Schienenanbindung von Linnich in den Kreis Heinsberg weiter vorangetrieben wird. In seiner Sitzung am 12.05.2011 stimmte der Ausschuss für Umwelt & Verkehr basierend auf dem CDU-Antrag der Empfehlung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie (Potentialanalyse) zum Lückenschluss der Schienenverbindung von Linnich in den Kreis Heinsberg einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung, diesbezüglich Gespräche mit dem Kreis Düren zu führen. Wir werden über den weiteren Verlauf berichten.

KSK-Gutachten Kinderarmut

In unserem letzten Newsletter hatten wir auch über dieses Thema berichtet. Die Ergebnisse der Elternbefragung wurden in einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Gesundheitsausschusses am 04.04.2011 vorgestellt. Bei der Aufbereitung der anderen für den Armutsbericht relevanten Daten, deren Erhebung sich äußerst schwierig gestaltet, werden weitere Aspekte und Erkenntnisse mit einfließen. Die Aufbereitungen der Datenmengen durch die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn werden Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen sein. Die Projektgruppe wird den Armutsbericht für den Kreis Heinsberg Ende Januar 2012 fertig stellen. Für den 08. Februar 2012 ist vorgesehen, den Armutsbericht in einer weiteren gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit & Soziales und des Jugendhilfeausschusses vorzustellen.

Priorisierungsliste des Landes NRW; L117n und B221n

In unserer letzten Ausgabe war im Bereich Straßenbau das Thema EK3 von besonderer Bedeutung; ein bürgernaher Kompromiss konnte hier wie berichtet erzielt werden. Dieses Mal gilt die Aufmerksamkeit eher den Straßenbauvorhaben L117n und die B221n.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass die am 21. September 2011 veröffentlichte Prioritätenliste des Landes NRW die L117n Ortsumgehung Ratheim und Millich in der vorrangigen Planung belassen hat, denn hier ist dringend eine Entlastung geboten.

Im Vorfeld verdichten sich jedoch die Anzeichen, dass die L 117 n nicht als prioritär eingeordnet werden sollte. Damit wäre dieses wichtige, auch kreisweit bedeutsame Straßenbauprojekt auf lange Zeit nicht verwirklicht worden. Nach entsprechenden Vorgesprächen – insbesondere mit den betroffenen Kommunen Hückelhoven und Wassenberg - bestand die Auffassung, dass nur ein breiter Appell aller maßgeblichen politischen Kräfte, die sich auch in der Landespolitik widerspiegeln, die letzte Möglichkeit ist, das Land zur Berücksichtigung dieses Projektes zu bewegen. Wie der lokalen Presseberichterstattung zu entnehmen war, war dieser Appell glücklicher Weise erfolgreich.

Die CDU-Fraktion begrüßt es aber ebenso, dass die Prioritätenliste des Landes NRW neben der L117n Ortsumgehung Ratheim und Millich, die L364 Ortsumgehung Hückelhoven, die B56n von Gangelt zur A46 bei Janses Mattes und auch die B221n Ortsumgehung Wassenberg in der vorrangigen Planung belassen hat.

Der Lokalpresse war Anfang Oktober jedoch zu entnehmen, dass der Nabu auf das Aus für die Ortsumgehung Unterbruch mittels der B221n hofft. Das von Nabu geforderte Signal, dass mit der Realisierung der Ortsumfahrungen Wassenberg (B221n) und Ratheim (L117n) die Ortsumfahrung Unterbruch B221n nicht weiter verfolgt wird, wird es von bzw. mit der CDU-Fraktion im Kreistag

Heinsberg jedoch nicht geben. Unsere abweichende Auffassung hatten wir in der Lokalpresse hinreichend zum Ausdruck gebracht.

Auch die B 221n Ortsumgehung Unterbruch muss möglichst zeitnah zu realisiert werden, denn auch dieser Teilbereich der B221n bleibt nach Auffassung der CDU-Fraktion notwendig, um eine durchgängige, ortslagenfreie Nord-Süd-Verbindung durch den Kreis Heinsberg zu schaffen. Das gilt unverändert auch hinsichtlich des bisherigen Streckenabschnitts der B221 Unterbruch und Orsbeck angesichts von rund 10.600 Kfz/ 24h (laut Bundesverkehrswegezählung 2005). Auch hier ist eine Entlastung, insbesondere der betroffenen Bürger, ebenso nötig wie im Bereich Wassenberg. Außerdem ist der Teilbereich der B221n dringend erforderlich, um den Anschluss des Industriegebietes Oberbruch herzustellen.

Gemeinsamer Antrag Bürgersolaranlagen auf Kreisdeponien

In der Sitzung des Umwelt- & Verkehrsausschuss am 18.07.2011 wurde entsprechend einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/GRÜNE einstimmig ein Prüfauftrag beschlossen, der die Errichtung von Bürgersolaranlagen auf Kreisdeponien zum Gegenstand hat.

Die Verwaltung wurde beauftragt, die Eignung und Bereitstellung von Flächen zur Installation von Fotovoltaikanlagen auf den Deponien Wassenberg-Rothenbach und Gangelt-Hahnbusch zu prüfen. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 01.12.2011 erfolgte hierzu ein umfassender Bericht der Verwaltung. Aufgrund der deponietechnischen Vor-Ort-Situation erwies sich der Standort Gangelt-Hahnbusch als nicht geeignet; am Standort Wassenberg-Rothenbach ist eine Fläche von ca. 5,5 ha für ein solches Projekt geeignet.

Nachdem die Genehmigungsfähigkeit der Anlage auf der Deponie Rothenbach von der Bezirksregierung Köln bereits signalisiert und nach Rücksprache mit der Stadt Wassenberg als zu beteiligender Behörde keine Einwände erhoben wurden, müssen nun noch weitere Detailfragen geklärt werden. Einigkeit besteht jedoch zwischen allen Fraktionen darin, dass möglichst schnell das für ein solches Projekt erforderliche Planungs- & und Baurecht geschaffen werden soll; parallel dazu wird in den politischen Gremien schon einmal weiter diskutiert, welches Betreibermodell für ein solches Projekt als am besten erscheint.

Gemeinsamer Antrag Energieanalyse

Durch den zunehmenden Ausbau von erneuerbaren Energien aufgrund bundes- und landesgesetzlicher Vorgaben steigt die Bedeutung des Themas „Energiewende“ auch für die aktiv Beteiligten vor Ort in den Kommunen. Die Kreistagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/GRÜNE erachten es daher als sinnvoll, in einem ersten Schritt eine regionale Ausgangsanalyse für den Kreis Heinsberg vorzunehmen, um allen aktiv Beteiligten dadurch so früh und so weit wie möglich eine gewisse Planungssicherheit bieten zu können.

Daher hatten die beiden Fraktionen die Verwaltung gebeten, sich über die wesentlichen Inhalte und Vorgehensstrategien für regionale Energie- und Klimakonzepte bei anderen Städten und Kreisen zu informieren und zeitnah darüber zu berichten. Dabei sollen auch Förder- und Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Darüber hinaus sprachen sich die Kreistagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/GRÜNE dafür aus, dass die Verwaltung beauftragt wird, die personellen, finanziellen und technischen Voraussetzungen für eine aktuelle Ist-Analyse über den Strom- und Energieverbrauch sowie die CO² - Emissionen in den verschiedenen Verbrauchssektoren im Kreis Heinsberg aufzuzeigen und im Ausschuss vorzustellen.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt & Verkehr am 01.12.2011 erfolgte daraufhin ein erster sehr umfassender Bericht der Verwaltung. Aufgrund der Fülle von Informationen bestand Fraktionen übergreifend Einigkeit, die Angelegenheit zunächst weiter in den Fraktionen zu beraten. Wir werden weiter über den Fortgang in dieser Angelegenheit berichten. Nach Meinung der CDU-Fraktion sollte mit dem Thema jedenfalls offensiv umgegangen werden, denn das Erfordernis eines energetischen Umbaus ist nicht zuletzt aufgrund von Ereignissen wie „Fukushima“ nicht mehr wegzudiskutieren. Auch wir im Kreis Heinsberg müssen uns hier zukunftsfähig machen und Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen übernehmen.

Beitrittserklärung „Bündnis gegen Rechts“

Aus aktuellem Anlass wollen wir noch kurz auf das Thema „Bündnis gegen Rechts“ eingehen, nachdem die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/GRÜNE, FDP und Die Linke beantragt hatten, diesem Bündnis beizutreten. Wir haben diesem Antrag in der Kreistagssitzung am 20.12. zugestimmt, vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse auch im Kreis Heinsberg. Wir wollen damit deutlich machen, dass die aktuelle Situation ein deutliches gemeinsames Bekenntnis gegen Rechtsextremismus (fast) aller im Kreistag vertretenen Parteien erforderlich macht.

Trotzdem weisen wir darauf hin, dass eine Gebietskörperschaft – wie der Kreis Heinsberg – für einen Beitritt zum Bündnis keine ideale Lösung darstellt. Vielmehr sollte jeder Einzelne - also auch wir Kreistagsmitglieder - Flagge zeigen und uns engagieren. Außerdem kritisieren wir auch heute, wie schon an anderer Stelle, dass das Bündnis nicht ausdrücklich jede Form von Extremismus, sowohl von rechts- wie auch von links verurteilt. Ebenfalls zu kritisieren ist es, dass keine Regelungen bestehen, mit der z.B. linksextremistische Gruppierungen oder Parteien, aber auch andere Gruppen, die nicht auf der Grundlage unseres Grundgesetzes und zum Teil unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, aus dem Bündnis ausgeschlossen, oder gar nicht erst aufgenommen werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen. Wir hoffen, dass wir Ihnen auch dieses Mal einen interessanten Einblick in unsere Arbeit geben konnten und würden uns freuen, wenn Sie auch die nächste Ausgabe unseres Newsletters mit Interesse verfolgen.

An dieser Stelle wollen wir uns auch bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit auch in diesem Jahr bedanken und würden uns sehr freuen, wenn diese auch weiterhin so sachlich, konstruktiv und erfolgreich fortgeführt werden kann. Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2012!

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt
Geschäftsführer